

Beiträge

Georges Lavau

Das fragwürdige Spiel der Mächte

Im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte war die einzige Soziologie der Macht – wenigstens was die westliche Welt betrifft –, welche sich gegen einen wissenschaftlich ernstzunehmenden Zuschnitt ihrer Forschungsmethoden schützen zu müssen glaubte, eine gewisse «Soziologie der Beschwichtigung». Sie behauptete einfach, es gebe keine Verschwörung der Mächte. Diese Mächte seien vielmehr vielfältig verschieden, in Fraktionen zersplittert und so auf ihre jeweiligen Einflußsphären spezialisiert, daß sie einander nur unvollständig und in Ausnahmefällen überdeckten. Unter normalen Bedingungen pendle sich also unter ihnen ein relatives Gleichgewicht ein. Es genüge also vollauf, daß nichts geschehe, was diese «normalen» Bedingungen störe.

Diese Beschwichtigungssoziologie ist zunächst vor allem die Reaktion auf eine volkstümliche Vorstellung: die Vorstellung von einer geheimen Macht, von einer «unsichtbaren Hand», die ihren Einfluß ausübe auf alle wichtigen Bereiche des menschlichen Lebens, die es verstehe, alle Drähte zu ziehen, um die Interessen einer ganz bestimmten geschlossenen und einheitlichen Gruppe von Hintermännern zu befriedigen. Sie ist vor allem auch eine Reaktion auf eine rivalisierende soziologische Richtung, welche behauptet, es gebe eine «Machtelite», deren Herrschaft nicht spezialisiert, sondern ganz allgemein ausgerichtet sei; die unmittelbare oder mittelbare Beherrschung des Gesamtgefüges der verschiedenen wirklich bedeutenden Mächte sei es, was dieser Elite ihre Hegemonie sichere. Trotz der Zuhilfenahme juristischer Kunstgriffe und trotz der Maskierung mit den Mitteln verfassungsgemäßer Ordnungen sei die Ausübung dieser Hegemonie nicht mehr weit entfernt davon, eine absolute Macht darzustellen.

Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß wir hier auf die Anführung von Beweisen verzichtet haben und außerdem die Positionen der Verfechter der einen wie der anderen These in bemerkenswerter

Weise vereinfacht dargestellt haben. Dennoch ist diese Darstellung – so schematisch sie auch sein mag – ausreichend, um den Leser dazu anzuleiten, sich folgende Frage zu stellen: Was wäre, wenn diese beiden Richtungen der Soziologie die Probleme unzulänglich dargelegt hätten und andere Aspekte im Dunkeln gelassen hätten? Und zwar etwa die folgenden:

Daß es in jeder Gesellschaft vielfältige Quellen für Machteinflüsse und vielfältige Gruppen gibt, zwischen denen im allgemeinen latente oder offene Konflikte bestehen; daß es aus diesem Grunde selten vorkommt, daß sich eine absolute Macht in allen Bereichen in den Händen einer einzigen homogenen Gruppe befindet, welche ein klares Bewußtsein ihres Klasseninteresses besitzt und auch den hartnäckigen Willen hat, einzig und allein dieses ihr Interesse zu befriedigen, dafür spricht eine schlichte Evidenz. Daß es aber in fast allen Gesellschaften Bereiche der Freiheit und gegenüber den Mächten abgegrenzte Sphären oder auch Mittel des Widerstands oder zur Ausübung von Druck für nahezu alle Gruppen (selbst für nur schwach organisierte) gibt, das ist beweisbar (wenn auch nicht in jedem Falle schon bewiesen).

Damit, daß dies gesagt ist, ist noch nicht allzuviel gesagt. Auf die Gefahr hin, für übertrieben wissenschaftsgläubig gehalten zu werden, möchten wir sagen, daß unser eigentliches Interesse erst beginnt bei der empirischen Feststellung und genauen Auswertung der Phänomene: Welches Quantum an Machteinflüssen, an Freiheiten und an Garantien haben die einen oder die anderen? In welchen Bereichen, zu welchem Preis erlangen die einen oder die anderen (vergleichbare oder nicht vergleichbare) Anteile an Macht? Wer sind diejenigen, die viel und diejenigen, die weniger haben? Wer sind diejenigen, die sich gemeinhin in dem einen Typ von Koalitionen befinden oder aber auch in dem anderen? Wie schließlich ändert sich diese Machtverteilung – durch friedliche oder gewaltsame Prozesse, um den Preis schwerer oder leichter Opfer? Ohne derartige präzise Feststellungen sind die Auseinandersetzungen über das «Gleichgewicht» der Machteinflüsse sinnlos. Nun stößt aber schon jede auch noch so geringfügige Feststellung dieser Art an eine Reihe von sehr schroffen technischen und theoretischen Schwierigkeiten.

Es gibt aber jedenfalls noch ganz andere Probleme: Alle Theorien über das Gleichgewicht der Machteinflüsse beruhen auf der (im allgemeinen nur unausdrücklichen) Voraussetzung, daß die

Macht im Inneren eines vorgegebenen Gesellschaftsgefüges eine konstante Größe sei. Jeder Anteil an Macht, den eine bestimmte Gruppe innehat, ist demzufolge derart, daß die anderen daran keinen Teil haben können. Jeder Anteil an Macht, der von einer Gruppe neu erobert oder erworben wird, ist dann also derart, daß diejenigen, welche vorher diese Macht in ihrer Totalität innehatten, nun enteignet erscheinen. Dies ist sozusagen die Hypothese «Alle Macht oder keine Macht». Die Vielzahl der Machtgruppen (selbst wenn diese Machtgruppen ungleichartig sein sollten) und die Veränderungen in der Verteilung dieser Machteinflüsse sind demzufolge der Beweis dafür, daß es eben nicht die *eine* Machtelite gibt; oder aber diese Hypothese ist von vornherein anfechtbar, wie wir später sehen werden.

Andererseits weist der Mensch unter allen anderen Wesen jene besondere Eigenschaft auf, das Verlangen und die Fähigkeit zu haben, seine sozialen Organisationen zu verändern und neu zu entwerfen, neue, andersartig strukturierte Gruppierungen und neue Sozialbeziehungen zu schaffen, die kulturellen Modelle und die institutionalisierten Wertssysteme zu verändern.¹ Diese gesellschaftliche Erneuerung geht nicht vonstatten ohne Kämpfe zwischen denen, die bewahren, und denen, die umgestalten wollen, zwischen verschiedenen Gruppen als Träger verschiedener Projekte für die Reorganisation der Gesellschaft. Nun ist aber eines der am leidenschaftlichsten umstrittenen Probleme, welches die Soziologie der Macht aufgeworfen hat, das Problem der Ungleichheit der Vorbedingungen für Kampf und Verteidigung. Für gewisse Gruppen sind Kampf und Verteidigung sowohl möglich wie auch erlaubt und sogar mit der Aussicht auf leichten Erfolg verbunden. In den günstigsten Fällen ist es der Staat selbst, der sie mit der ganzen Unterstützung seiner Hoheitsgewalt, seinem Ansehen als Diener am Allgemeinwohl absichert; oder es sind ihnen auch dadurch bessere Erfolgchancen gesichert, daß sie sich im Einklang befinden mit den offiziell begünstigten kulturellen Wertvorstellungen oder aufgrund ihrer Einflüsse oder gar Herrschaft sichernden gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Positionen. Für andere Gruppen sind Kampf und Verteidigung dagegen unvergleichlich schwieriger und müssen mit viel höheren Kosten erkaufte werden. Meist müssen sie vorher erhebliche Hindernisse iuridischer, politischer, kultureller und ökonomischer Art überwinden. Der alte Streit um die Frage, ob es herrschende und beherrschte Klassen gibt oder nicht,

gewinnt erst ihren vollen Sinn, wenn man sie stellt in Beziehung zu dem Kampf für oder gegen die gesellschaftliche Erneuerung.

In allen ein wenig komplexeren Gesellschaften strukturieren sich vielfältige Gruppen entsprechend ihren besonderen Interessen und Wertvorstellungen. Bisweilen verhalten sich bestimmte Interessen und Wertvorstellungen komplementär und solidarisch zueinander, bisweilen auch stehen sie miteinander in Konflikt. Bisweilen auch verfolgen mehrere dieser Gruppen Ziele, die so wenig konkurrieren, daß sie in keiner Weise Gefahr laufen, in Rivalität zueinander zu geraten, außer dann, wenn ihre Anträge auf Hilfen und Zuschüsse die mit der Zuteilung befaßten Autoritäten zwingen, unter ihnen eine Auswahl zu treffen. Jede dieser Gruppen hat Macht (über ihre Mitglieder und über Sachwerte) und Machtmittel. Selbst wenn es zwischen ihnen zu Koalitionen kommt, die übrigens selten von langer Dauer sind, so vermischen sie sich doch nicht. Die politische Macht, welche Autorität über sie hat, anerkennt im allgemeinen Bereiche der Freiheit und Unabhängigkeit, sie sichert wenigstens einigen unter ihnen ein Vertretungsrecht in fest umschriebenen Grenzen. Bisweilen kann dies so weit gehen, daß bestimmten Gruppen Mittel zugestanden werden, mit denen sie der Autorität Hindernisse in den Weg legen oder aber sich an der Erarbeitung ihrer Entscheidungen beteiligen können.

Sicherlich werden solche Garantien, Rechte, Zugeständnisse und Beteiligungsmöglichkeiten an gewissen Aufgaben der staatlichen Macht nicht allen mit der gleichen Großzügigkeit zuerkannt, und den weniger begünstigten Gruppen werden solche Einflußmöglichkeiten oft nur dann eingeräumt, wenn die Notwendigkeit, die Furcht oder der wohleinkalkulierte Nutzen dies fordern. Eines kann jedenfalls als Hypothese angenommen werden: Es liegt weder in der Funktionslogik der politischen Macht noch im Interesse der Menschen, welche sie ausüben, zuzulassen, daß sich ein derartiges Ungleichgewicht zugunsten von privilegierten Gruppen anbahnt oder förmlich etabliert und damit ein ständiger Gefahrenherd für den Ausbruch von Revolten oder für die Zusammenrottung der von der Macht Ausgeschlossenen entstehen könnte. Aus denselben Gründen werden die Inhaber der politischen Macht sich im allgemeinen bemühen, nicht in den Verdacht zu geraten, als seien sie mit einer bestimmten Gruppe verquickt.

Diese Grundartikel der pluralistischen These stellen nur den Ansatz für mittlerweile durchge-

führte sorgfältigere Untersuchungen dar, die ihrerseits weitere ergänzende Argumente und Beobachtungen beigesteuert haben.

Für Arthur Bentley und einige seiner heutigen Schüler² ist das Funktionieren des politischen Systems lediglich das Ergebnis eines Widerspiels von Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, die direkt oder indirekt die Bilanz ihrer Kompromisse und ihrer Siege in politische Aktionen umsetzen oder umsetzen lassen. Dabei ist der Staat selbst auf diesem Markte nur eine Interessengruppe unter anderen, die freilich ein wenig besser ausgerüstet ist (sofern sie sich auf die Wahl durch das Volk stützen kann), weil sie weitgestreute latente Interessen vertritt, die von spezialisierten Gruppen nicht wahrgenommen werden.

Die Theorie der Polyarchie von Robert Dahl ist von dieser Ansicht nicht wesentlich verschieden, wengleich sie nuancierter ist und sich auf eine empirische Erhebung stützt (genauer gesagt: Sie beschränkt sich auf die örtlichen Machtverhältnisse in einer Mittelstadt der Vereinigten Staaten von Amerika).³ Nach Dahl beruht die politische Macht tatsächlich auf einem Handel, nicht zwischen Gruppen, sondern zwischen rivalisierenden und in ihren Funktionen und besonderen Einflüßbereichen sehr spezialisierten Führern. Die einflußreichsten von ihnen liefern sich einen Kampf ohne Ende, in dem absolut nicht alles erlaubt ist; denn dieser Kampf spielt sich ab unter der Kontrolle von Wählern und Parteien, die bemüht sind, ihre Gewinne zu steigern und ihre Verluste zu vermindern. Die Ungleichheiten in den Mitteln des politischen, wirtschaftlichen, administrativen, sozialen und kulturellen Einflusses sind nicht einseitig gehäuft, und es gibt durchaus eine von den Führern kontrollierte weitgestreute Verteilung der politischen Machtmittel. Selbst wenn Robert Dahl sich bemüht, zu unterstreichen, daß das polyarchische Modell nur dann funktioniert, wenn wenigstens zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind (nämlich 1. daß im gesellschaftlichen Gesamtgefüge eine solide Übereinstimmung über die Ziele und Mittel des gesellschaftlichen Handelns herrscht; 2. daß es außerdem wenigstens ein Minimum von Gleichheit der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen sowie eine unablässige Erneuerung der Eliten gibt), so ändern diese Bedingungen nichts an der allgemeinen Schlußfolgerung: Es besteht eine Vielzahl von Quellen der Macht; sie können ihren Grund haben in politischen oder administrativen Positionen, aber auch in sozial-ökonomischen Positionen, wie etwa in der Beherrschung

der Informationsmittel oder in technischem Fachwissen.

Durch Analysen anderer Art war David Riesman zu ziemlich ähnlichen Schlüssen gekommen⁴, wenn er in seiner Beschreibung der nordamerikanischen Gesellschaft diese darstellte als fraktioniert in eine große Anzahl von «Veto-Gruppen», die mehr auf Selbstverteidigung als auf Leitung ausgerichtet seien, die aber in gewissen Augenblicken und für gewisse Probleme eine auf konkrete Umstände bezogene Autorität haben könnten. Nach ihm sind die beiden einzigen stabilen Elemente einer «herrschenden Klasse» in den Vereinigten Staaten die Bürokratie und die Regierungsautoritäten (welche übrigens beide sehr heterogen seien); aber diese beiden Fraktionen seien verpflichtet, den «Vetogruppen» Rechnung zu tragen, welche ihrerseits die öffentlichen Autoritäten in besonderen Situationen verpflichten, ihre Interessen in ihre Erwägungen einzubeziehen. Ralf Dahrendorf hat freilich Riesman entgegenhalten können, daß diese Analyse versäume, danach zu fragen, ob nicht manche dieser Gruppen sozusagen auf Dauer von einer privilegierten Stellung bei der herrschenden Partei und – mehr allgemein gesprochen – bei der Mehrheit der öffentlichen Autoritätsträger, welche Inhaber der wirksamsten Machtpositionen seien, profitiere.⁵

Sicherlich kann man an den soeben vorgetragenen Thesen viele Präzisierungen und Korrekturen anbringen⁶, die Richtigkeit ihrer Grundrichtung aber wird von fast niemandem in Frage gestellt. Eben derselbe Dahrendorf, der ganz und gar zugeht, daß die Konflikte zwischen den Klassen in den sogenannten nachkapitalistischen Gesellschaften nicht verschwunden sind, erklärt zum Beispiel: «... Der politische Konflikt ist immer ein Konflikt, der durch die konkreten Umstände von Individuen, die augenblicklich an der Macht sind, und solchen, die von dieser Macht ausgeschlossen sind, bedingt ist... Die mit Macht ausgestatteten Individuen und die Individuen ohne Macht sind – wenigstens grundsätzlich – austauschbar.» Der Autor fügt noch hinzu, daß zumindest dann, wenn über längere Zeitstrecken hin keine Veränderung eintritt und wenn ein und dieselbe Partei sich auf Dauer in ihrer Machtstellung behauptet, ohne ihre Politik zu ändern, die Konflikte normalerweise örtlich begrenzt bleiben und sich abschwächen, weil dann der größte Teil der Interessen- und Vetogruppen abwechselnd anerkannt und zufriedengestellt sein wird.

Selbst marxistische Theoretiker erkennen – na-

türlich in gewissen Grenzen und mit Konsequenzen, die sich von den unseren stark unterscheiden – den uneinheitlichen Charakter der Macht an. Hier sei nur Antonio Gramsci zitiert: «Die (in einem hegemonialen System) dominierende Gruppe ist praktisch immer koordiniert mit den allgemeinen Interessen der untergeordneten Gruppen, und das Leben des Staates ist zu verstehen als eine beständige Herausbildung und ein beständiger Abbau von labilen Gleichgewichtszuständen... zwischen den Interessen der grundlegend bestimmenden Gruppe und den Interessen der untergeordneten Gruppen, wobei die Interessen der herrschenden Gruppe das Übergewicht haben, ohne damit schon bis zu einem kleinlichen wirtschaftlichen Gruppenegoismus zu gehen.»⁷

Was die Intellektuellen betrifft, die der grundlegenden Klasse als die «Funktionäre der Superstruktur» verbunden sind, so erkennt Gramsci doch an, daß diese «sich von der (grundlegenden) Klasse abheben müssen, um sich umso enger mit ihr vereinen zu können, um eine wirkliche Superstruktur sein zu können und nicht bloß ein unorganisches und unbestimmtes Element innerhalb der wirtschaftlichen Struktur».

Nikos Poulantzas hat bei der Weiterentwicklung gewisser Analysen von Karl Marx über die inneren Spaltungen des französischen Bürgertums von 1848 die «tiefgreifende Aufspaltung... der bürgerlichen Klasse in einander bekämpfende Fraktionen, die wiederum Klassencharakter hatten», festgestellt: «Sich selbst überlassen erschöpfen die Klassen und Fraktionen in der Ebene der politischen Herrschaftsausübung nicht nur ihre Kräfte mit inneren Reibereien, sondern scheitern meistens geradezu an Widersprüchen, die sie überhaupt unfähig machen, politisch zu regieren.»⁸ Aus diesem Grunde und um dem abzuhelfen, gibt es den Staat, welcher allein – da er eine relative Autonomie gegenüber den rivalisierenden Fraktionen bewahrt – dem, was der Autor bezeichnenderweise den «Block, der an der Macht ist» nennt, eine Einheit zu verleihen vermag.

Wir haben nicht den Eindruck erwecken wollen, als gäbe es keinerlei Übereinstimmung oder – was mehr ist als dies – keinen grundlegenden Zusammenhang zwischen den Auffassungen von Bentley und Dahl einerseits und Gramsci und Poulantzas andererseits: Für die einen gibt es unterschiedliche und gegeneinander abgehobene Machtgruppen und nicht eine einzige Elite der Macht; für die anderen hindert die Vielzahl der Machtgruppen nicht, daß es einen Block gibt, der an der Macht ist,

und darüber hinaus die Hegemonie einer Klasse oder eines «historischen Blocks». Wir wollten nur nahelegen, daß die Hypothese von der Vielgestaltigkeit der Macht und der Vielzahl der Machtgruppen – die wir für teilweise und in bestimmten Grenzen für beweisbar halten – an sich noch nicht zu einer gesicherten und kategorischen Schlußfolgerung führt.

Die Hypothese «Alle Macht oder keine Macht» ist auch nur ebenso «wahr», wie dies zum Beispiel die Hypothese von der ausschließlichen und vollkommenen Konkurrenz sein könnte: Es handelt sich dabei um ein theoretisches Modell mit heuristischer Funktion, und nicht um eine Verdichtung vorgefundener Wirklichkeit. Nicht als ob sie niemals einem Ausschnitt dieser Wirklichkeit entsprechen könnte: Es trifft oft genug zu, daß die Machteinflüsse, welche eine Gruppe erlangt hat, auf Kosten einer anderen Gruppe gehen; und selbst wenn diese Machteinflüsse nicht direkt durch die Ausschaltung anderer erworben worden sind, sondern zum Beispiel dank eines Zuwachses neuer bisher unausgenutzter Produktivkräfte, so vermehren diese Ausweitungen des Machteinflusses dennoch die Machtposition der an der Erneuerung beteiligten Gruppe und vermindern die Machtposition der anderen Gruppen. Aber dennoch kann hier eine weite Skala verschiedenster Situationen zu viel komplexeren Konstellationen führen.

Eine beherrschende Gruppe kann mehr oder weniger freiwillig auf Machtpositionen und Vorrechte verzichten, die überflüssig, hinderlich oder gefährlich geworden sind. Sie wird umso eher bereit sein, nur sparsamen Gebrauch davon zu machen oder sie an andere Gruppen oder Fraktionen von Gruppen umzuverteilen, wenn sie dabei nichts verliert, selbst wenn sie dadurch auch nichts gewinnt. Nun kann dies aber tatsächlich häufig der Fall sein. Durch die «Öffnung», die einigen Gruppen angeboten wird, weitet man die Grenzen seiner eigenen Koalition aus, man entzweit die bloß nutznießenden Gruppen, man erzielt einen Einbruch in die Front der Gegner, man verleiht sich selbst ein weniger parteiisches Image. Vielleicht wird man diese Vorteile mit einigen Zugeständnissen bezahlen müssen, aber man wird beides sorgfältig gegeneinander abwägen und sich dessen versichern, daß die Nutznießer der Neuordnung davon nur einen streng kontrollierten Gebrauch machen können. Eine herrschende Klasse oder eine führende Gruppe kann dann auf die Ausübung von Machtvollkommenheiten, die mehr oder minder Zwangscharakter haben, verzichten, wenn sie

entdeckt, daß diese Mittel vorteilhafterweise durch andere sparsamere und feinere Mittel ersetzbar sind, deren Wirksamkeit vielleicht weniger direkt, dafür aber dauerhafter ist: Einflußnahme auf die Bedingungen des kulturellen Lebens, psychologische Manipulation, Anreize, sich im System zu «kompromittieren». Wenn die kulturelle und soziale Integration fortschreitet, dann vermehren sich auch mehr und mehr die Unannehmlichkeiten, die eine «Aufteilung» der Macht oder gewisser Teilbereiche der Macht für jene Leute mit sich bringen würde, welche die Grundsätze und Spielregeln dieser Macht akzeptiert haben und die – zumindest rein passiv – ihre Stützen geworden sind. Dies ist also das beste Mittel, um zu billigstem Preis die fundamentalsten Interessen der herrschenden Gruppen gegen diejenigen zu verteidigen, die ganz oder teilweise die gesellschaftliche, politische und kulturelle Integration verweigern und sich damit einfach isoliert sehen müssen. Wenn die Hypothese «Alle Macht oder keine Macht» irgendwo der konkreten Wirklichkeit nahekommen sollte, so dürfte dies nur im inneren Kreis der «Integrierten» (wir sagen nicht der «Besitzenden»!) möglich sein.

Ist es wohl noch nötig, zum Schluß noch hinzuzufügen, daß diese Hypothese fordert, daß die verschiedenen Machteinflüsse von merklich vergleichbarem Wert sein müssen und daß sie auch in ebenso in ihrem Wert vergleichbare Teilbereiche aufteilbar sein müssen? Dies kommt einer fast vollständigen Gleichwertigkeit von Macht und Einfluß nahe, wie sie tatsächlich auch von Soziologen wie Talcott Pearsons und Robert Dahl vertreten wird. Auch hier dürften theoretische Erörterungen ohne Ende viel weniger interessant sein als streng kontrollierbare empirische Erhebungen. Solche Erhebungen sind kaum vorhanden, aber die wenigen, die durchgeführt worden sind, leisten jedenfalls keinen Beitrag zur Bestätigung derartigen Postulate.

Wenigstens im Sinne einer Gegenhypothese – die fruchtbarer sein dürfte als die Hypothese «Alle Macht oder keine Macht» – können wir die Behauptung aufstellen, daß es unter gewissen Bedingungen durchaus Wettstreit, Konkurrenz, differenzierte Aufteilung von Macht, also politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie geben kann, ohne daß dies – selbst wenn es auch so immer noch «besser» ist als etwas anderes (ein *wichtiges* Problem, aber doch ein *anderes* Problem!) – die *allgemeine* Herrschaft einer Gruppe oder eines Blocks merklich berühren müßte.

Wir müssen uns nun auch noch darüber verständigen, was hier mit «Herrschaft» gemeint ist.

Die Gründe, aus denen die Gruppen in einer Gesellschaft in Frontstellung zueinander treten und zu Rivalen werden, sind unzählbar. Die am wenigsten tiefgehenden, aber in ihren Konsequenzen nicht immer die leichtesten, können manchmal mit den rein persönlichen Motivationen ihrer Führer zusammenhängen. Man wird aber dennoch zugeben müssen, daß unter all diesen Gründen diejenigen die schwerwiegendsten sind, die daher rühren, daß die bestehende Gesellschaftsordnung, ihre Sozialbeziehungen und ihre etablierten Wertvorstellungen in mehr oder weniger tiefgreifendem Maße erschüttert werden, wobei es aber in jedem Falle darauf hinausläuft, daß all dies Platz machen muß für die Schaffung neuer Organisationsformen, für kostspielige Unternehmungen und für die Austragung erbitterter und langdauernder Kämpfe: Kämpfe patriotischer Bewegungen um den Aufbau einer Nation und die Befreiung von fremder Herrschaft; Kämpfe des Bürgertums um die Veränderung oder Verbreiterung oder den Ausbau der Grundlagen seiner Macht; Kämpfe um die Veränderung eines Wertsystems; Kämpfe, bei denen es darum geht, sich eingliedern zu können in eine umfassendere politische Gemeinschaft oder «getrennte Brüder» zu sammeln; Klassenkämpfe zur Veränderung der Produktionsverhältnisse... Eine solche Fülle von Möglichkeiten, daß man Last hat auszuwählen!

Nun beruht eine vorgegebene Gesellschaft in jedem bestimmten Augenblick immer auf einem gewissen Beziehungsgefüge von Kräften, auf einer gesellschaftlichen Grundstruktur, auf einem gewissen «Gleichgewicht» zwischen Gruppen. Sie bevorzugt und empfiehlt gewisse Werte, während sie andere nur als eine Art Restbestand gerade noch möglicher Alternativen toleriert und wieder andere mit mehr oder weniger strenger Entschiedenheit verurteilt. Gewisse Gruppen geben sich mit diesem Stand der Tatsachen zufrieden (oder haben sich früher schon damit abgefunden), andere wollen ihn noch mehr ihren an sich bereits weitgehend befriedigten Interessen anpassen, noch andere wiederum verhalten sich unentschieden oder sind außerstande, sich eine Veränderung irgendwelcher Art vorzustellen oder sie zu wollen, manche schließlich – und nicht einmal notwendigerweise die in einem bestimmten Bereich besonders Benachteiligten – halten ihn für unerträglich.

Was hier der Untersuchung bedarf, ist die Ungleichheit der Bedingungen, in welche die einen

Gruppen gegenüber den verschiedenen anderen in ihrem Kampf für diese Ziele versetzt sind. Mächtige Wirtschaftskräfte können Parteien und Wahlkandidaten immer höhere finanzielle Hilfen anbieten, sich Informationsmittel von großer Reichweite und die Dienste der besten Techniker und anderer hochkompetenter Fachleute leisten, sie können die besten Staatsbeamten (deren Ausbildungskosten von allen Steuerzahlern aufgebracht worden sind!) abwerben. Da die Hochschul- und Universitätsinstitutionen, die – wie statistisch nachgewiesen ist – die Tendenz haben, mittels der Sozialbarrieren und mittels der ihrer Struktur anhaftenden Zwänge von bestimmten «kulturellen Modellvorstellungen» – von wenigen Ausnahmen abgesehen – immer wieder die bestehenden Sozialbeziehungen und die gesellschaftliche Gesamtstruktur zu reproduzieren⁹, rekrutieren sich die Kerngruppen der Führungskräfte und der Intellektuellen, die wiederum Macht erlangen werden, aus dem inneren Kreis der Gruppen, welche diese Wirtschaftsmächte vertreten oder die eng mit ihnen verbunden sind (oder die doch zumindest die Absicht haben, sich mit ihnen zu identifizieren). Währenddessen ist die Arbeiterklasse (oder die bäuerliche «Klasse») darauf angewiesen, ihre Intellektuellen von außerhalb zu importieren, wie Gramsci richtig beobachtet hat.

¹ Vgl. J.W. Lapierre, *Essai sur le fondement du pouvoir politique* (1968).

² A. Bentley, *The Process of Government* (1908). David Truman, *The Governmental Process* (1951).

³ R. Dahl, *Qui gouverne?* (1971). (Französische Übersetzung von: *Who Governs?* 1961.)

⁴ D. Riesman, *La foule solitaire* (1964). (Französische Übersetzung von: *The Lonely Crowd*. Deutsche Übersetzung: *Die einsame Masse*.)

⁵ R. Dahrendorf, *Classes et conflits de classes dans la société industrielle* (1970).

⁶ Vgl. vor allem Pierre Birnbaum, *La structure du pouvoir aux Etats-Unis* (P.U.F. 1970).

⁷ A. Gramsci, *Note sul Machiavelli, sulla politica e sullo Stato moderno*.

⁸ Nikos Poulantzas, *Pouvoir politique et classes sociales* (1968) 324.

Die tatsächliche Koalition der Gruppen, die sich derart durch ihre wirtschaftliche Bevorteilung, durch ihre gesellschaftlichen Positionen und durch ihre kulturellen Mittel in einer beherrschenden Rolle befinden, wird auch leichteren Zugang zur politischen Macht und zum Instrumentarium des Staatsapparats finden. Eben die nötige Unabhängigkeit des Staates gegenüber rücksichtslosen Zumutungen von Gruppen – und zwar von Gruppen jeder Art! – kann zwar für die Mächtigen ein Hindernis sein (das man mehr oder weniger leicht beiseite schiebt), aber sie kann auch wie ein Freibrief wirken, ohne gleichzeitig denjenigen, die nur wenig Macht besitzen, einen ausreichenden Vorteil einzuräumen (ja im Gegenteil: Spielregeln behindern vor allem die schlechter Plazierten!). Auch solche mehr oder minder harmlosen Mechanismen wie Wahlordnungen und Einteilung von Stimmbezirken, Gebührenpflicht bei gerichtlichen Prozeduren, Bestimmungen des Arbeitsrechtes und Polizeiaufsicht wirken sich nur selten gegen die Mächtigen aus. Selbst die strafrechtliche Definition des Deliktes ist nicht ohne Mißbildungen unter dem Druck kultureller Vorstellungen zustande gekommen, welche sich eine bestimmte Gesellschaft vom vermutlichen Verhalten dieser oder jener sozialen Gruppen gebildet hat.

⁹ Wir stützen uns hier namentlich auf die französischen Arbeiten von Alain Girard, von Vivianne Isambert-Jamatti, von Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron.

Übersetzt von Dr. Ansgar Ahlbrecht

GEORGES LAVAU

geboren am 18. Juni 1918, Professor an der Universität Paris (Institut für Politische Studien), Direktor des Studienzentrums für das politische Leben Frankreichs, Direktor der französischen Zeitschrift für Politische Wissenschaften, lehrt politische Soziologie (besonders politische Theorie und Soziologie der Parteien und sozialen Bewegungen), arbeitet mit an den Zeitschriften *Esprit*, *Revue Française de Science Politique* sowie *Revue Française de Sociologie*.